

# Sicherung der AHV: Kuh ist noch nicht vom Eis

Die 2. Lesung im Dezember-Landtag könnte chaotisch werden.

## **Patrik Schädler**

Der Landtag hat sich gestern über drei Stunden mit der langfristigen finanziellen Sicherung der AHV befasst. Dies deshalb, da ohne Massnahmen die Reserven der AHV bis 2038 auf unter fünf Jahresausgaben fallen würde. Heute reichen die Reserven noch für über 10 Jahresausgaben. Die Regierung hat zur Abwendung dieser Prognose zwei Massnahmen vorgeschlagen. Zum einen sollen die AHV-Beiträge von 8,1 auf 8,7 Prozent ab 2024 erhöht werden. Die Arbeitnehmer müssten dann 0,18 Prozent ihres AHV-pflichtigen Lohns einzahlen. Damit die Arbeitgeber ebenfalls nur mit 0,18 Prozentpunkten zusätzlich belastet werden, soll deren Beitrag an die Familienausgleichskasse um 0,24 Prozent-

punkte reduziert werden. Daneben will die Regierung in diesem Jahr 100 Millionen als einmaligen Staatsbeitrag in die AHV einschiessen. Diese beiden Massnahmen sollen dazu führen, dass das gesetzliche Minimum von fünf Jahresausgaben als AHV-Reserve auch im Jahr 2038 eingehalten werden kann.

## **Keine Mehrheit für AHV-Beitragserhöhung**

Zwar beschlossen die Abgeordneten nach drei Stunden mit 21 Stimmen Eintreten auf die Gesetzesvorlage, aber wirklich einverstanden mit der Vorlage von Regierungsrat Mauro Pedrazzini waren nur wenige. Die vier VU-Abgeordneten Thomas Vogt, Günter Vogt, Frank Konrad und Rainer Beck votierten gar auf Nicht-Eintreten. «Der Vorschlag zur langfristigen finan-

ziellen Sicherung der AHV zeigt meines Erachtens keine Nachhaltigkeit. Diese Hauruck-Aktion verschafft uns für zwei Jahre Luft, bis wir wieder am selben Ort angelangt sind», so der Abgeordnete Konrad.

Trotz Eintreten auf die Vorlage, ist noch alles offen. Bei der 2. Lesung im Dezember wird es wohl eine Mehrheit für den einmaligen Zuschuss von 100 Millionen Franken geben. Für die Beitragserhöhung von 8,1 auf 8,7 Prozent gibt es aufgrund der Voten in der Eintretensdebatte keine Zustimmung. Damit ist das Problem definitiv nicht gelöst. Es wurden aber bereits verschiedene Anträge für die 2. Lesung angekündigt. Damit ist klar, dass es ziemlich chaotisch werden könnte, da die verschiedenen Lager mit den unterschiedlichsten Ideen antreten werden. **5**

# Die Meinungen gehen weit auseinander

Die langfristige finanzielle Sicherung der AHV wird wohl zum Wahlkampfthema. Zumindest ist eine Lösung im Dezember fraglich.

**Patrik Schädler**

Der Zeitpunkt für eine AHV-Diskussion ist denkbar ungünstig. Kurz vor den nächsten Wahlen eine Mehrheitslösung zu finden, scheint ein unmögliches Unterfangen. Dies zeigte zumindest die gestrige Debatte über die langfristige finanzielle Sicherung der AHV. Dies ist auch dem zuständigen Minister Mauro Pedrazzini klar: «Alles, was ein bisschen weh tut, wird kritisiert. Und vor den Wahlen, da wird noch ein wenig heftiger kritisiert.»

Doch er musste dem Landtag Massnahmen vorlegen, da bei der letzten AHV-Revision gesetzlich festgelegt wurde, dass alle fünf Jahre ein versicherungstechnisches Gutachten erstellt werden muss. Wird dabei festgestellt, dass die Reserven der Alter- und Hinterlassenenversicherung (AHV) in einem Zeitraum von 20 Jahren unter fünf Jahresausgaben zu liegen kommen, muss die Regierung dem Landtag einen Vorschlag unterbreiten, wie sie dieses Szenario abwenden will. Gemäss Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini gibt es dafür nur vier Stellschrauben: den Staatsbeitrag, die AHV-Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, das Rentenalter und die Rentenleistungen.

Eine Reduzierung der Rentenleistungen ist ein Tabu. Die Erhöhung des Rentenalters wäre zwar die wirkungsvollste Massnahme, aber vor den Wahlen kein Thema. Bleiben noch der Staatsbeitrag und die AHV-Beiträge. Und hier setzt der Vorschlag der Regierung an. Sie will die AHV-Beiträge per 1.1.2024 insgesamt um 0,6 Prozent erhöhen. Und in diesem

Jahr einmalig 100 Millionen Franken aus dem Staatsvermögen an die AHV einschiessen.

**Günter Vogt:**  
«Vorschlag ist mutlos»

Für den VU-Abgeordneten Günter Vogt ist der Vorschlag «nicht nachhaltig» und «mutlos». «Mit diesen beiden Massnahmen geht die Regierung auf all die Vorschläge z. B. der Indexierung des Rentenalters an die Lebenserwartung, einem flexiblen Staatsbeitrag mit einer Ober- und Untergrenze in der Gesamtbetrachtung der Altersvorsorge und den weiteren Vorschlägen der Parteien anlässlich der Landtagsdebatte zum versicherungstechnischen Gutachten nicht ein», so Vogt. Um sämtliche Stellschrauben zu berücksichtigen, neige er deshalb dazu, die Vorlage an die Regierung zurück zu überweisen, damit in der neuen Legislatur «ohne die Befindlichkeiten des Wahlkampfes» eine nachhaltige Lösung gefunden werden könne. Auch Frank Konrad (VU) schlug in diese Kerbe: «Wir sind in zwei Jahren wieder gleich weit. Es ist eine Hauruck-Aktion. Diese Pflasterli-Politik braucht immer mehr Pflasterli.» So weit wollte die Mehrheit gestern aber nicht gehen, aber wirklich glücklich war mit dem Regierungsvorschlag auch fast niemand.

**Alexander Batliner:**  
«Symptombekämpfung»

Für die Freie Liste gehen die 100 Millionen aus der Staatskasse in Ordnung. Daneben sollte aus Sicht von Thomas Lageder auch der jährliche Staatsbeitrag auf 50 Millionen erhöht werden, um eine langfristige Lösung zu erreichen. Doch eine Erhöhung der AHV-Beiträge kommt für Thomas Lageder



Günter Vogt (VU) zur AHV-Vorlage: «Zusammengefasst kann man sie mit dem Titel der fehlenden Nachhaltigkeit versehen, oder auch als mutlos bezeichnen.»

Bild: Tatjana Schnalzer

## Vaterschafts- und Elternurlaub wird kommen

Im Rahmen der AHV-Debatte erklärte Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini, was in Sachen Vaterschafts- und Elternurlaub aufgrund der EU-Beschlüsse auf Liechtenstein zu kommen wird.

«Es erwartet uns ein Vaterschaftsurlaub von 10 Tagen, welche entschädigt werden müssen, wie im Krankheitsfall», so Pedrazzini. Aus seiner ganz persönlichen Sicht gehöre diese Finanzierung aber in die Taggeldversicherung und nicht in die Familienausgleichskasse (FAK). Darüber hinaus wird es auch Anpassungen beim Elternurlaub geben. Heute haben

Eltern Anrecht auf vier Monate unbezahlten Urlaub. «In Zukunft müssen wir zwei Monate angemessen bezahlen.» Die politische Frage werde sein, was angemessen bedeute. «Doch auch hier ist es überhaupt noch nicht gesagt, dass dies aus der FAK finanziert werden muss.»

Die Erklärungen gab Pedrazzini ab, da mehrere Abgeordnete es kritisierten, dass die FAK-Beiträge der Arbeitgeber reduziert werden sollen, um die geplante Beitragserhöhung an die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) zu kompensieren. (sap)

nicht in Frage. «Der Deal würde für die Versicherten lauten: Mehr einzahlen, aber maximal gleich viel bekommen.»

Der FBP-Abgeordnete Alexander Batliner sieht hingegen die 100 Millionen aus der Staatskasse, wie auch die Abgeordneten der Demokraten pro Liechtenstein, überhaupt nicht: «100 Millionen Franken sind zwar ein stolzer Betrag, sie sind aber im Verhältnis zur aktuellen Ausgangslage bei der AHV ein Tropfen auf den heissen Stein. Sie sind Symptombekämpfung ohne Nachhaltigkeit.» Um die Beitragserhöhung werde man aber nicht umhinkommen. «Doch nur immer die Lohnnebenkosten anzuheben, ohne der arbeitenden Bevölkerung etwas zurückzugeben, ist nicht sinnvoll», so Batliner. Er und seine Fraktionskollegen Wendelin Lampert und Johannes Kaiser machten in diesem Zusammen-

hang nochmals umfassende Werbung für den FBP-Vorschlag, welcher bereits im März Schiffbruch erlitten hatte und als «Rohrkrepierer» bezeichnet wurde. Der Vorschlag hätte ebenfalls eine Erhöhung der AHV-Beiträge vorgesehen. Um diese zu kompensieren, würde zunächst der Finanzausgleich bei den finanzstarken Gemeinden um 20 Millionen gekürzt. Um diese Summe würde dann der Staatsbeitrag an die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) erhöht. Dadurch würden dann – so die Idee – die höheren AHV-Beiträge mit tieferen Krankenkassenprämien kompensiert.

**Nur vier Abgeordnete stehen hinter der Vorlage**

Nur gerade die vier Abgeordneten Elfried Hasler (FBP), Eugen Nägele (FBP), Daniel Seger (FBP) und Ado Vogt (DU) stel-

len sich vollumfänglich hinter die Regierungsvorlage. «Günstiger kriegen wir keine Lösung. Und wir brauchen für die 2. Lesung eine mehrheitsfähige Lösung. Wir dürfen die Augen vor diesem heute noch kleinen Problem nicht verschliessen», so Daniel Seger. Von einer mehrheitsfähigen Lösung ist man aber noch weit entfernt. Und im Dezember-Landtag dürfte es eine Vielzahl von Anträgen geben. Und am Ende könnte Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini doch mit leeren Händen dastehen. Unmittelbar würde dies finanziell für die AHV kein Problem darstellen. Doch der Gesellschaftsminister gab zu bedenken: «Wir können auch viele Jahre nichts machen. Dann müssten wir aber viel stärkere Massnahmen treffen. Und je früher wir Massnahmen treffen, desto länger können sie wirken.»